

Nicht die Jugend ist das Problem : Erklärung zu den Jugendunruhen

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **59 (1980)**

Heft 12

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347754>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nicht die Jugend ist das Problem

Erklärung zu den Jugendunruhen

Die in den letzten Monaten sich überstürzenden Ereignisse im Zusammenhang mit der «Bewegung der Unzufriedenen» ist nach Ansicht der SP Schweiz ein Symptom einer allgemeinen, weitverbreiteten Unzufriedenheit.

Jahrelang haben wir unserem Volk Milch und Honig der Wachstumswirtschaft versprochen, haben der Jugend beruflichen Aufstieg, rechtes Einkommen, soziale Sicherheit und humane Wohnverhältnisse zugesichert. Erhalten haben allzu viele von ihnen unsichere Berufsaussichten, die sich durch technologische Entwicklungen längerfristig noch verschärfen werden, eine zerstörte Umwelt, unerschwingliche Wohnungen in den Städten, die für breite Massen zu einem eigentlichen Notstand geworden sind, und soziale Unsicherheit.

Hinzu kommt ein immer stärker werdender Konsumterror, der besonders die Jugendlichen in ein Ghetto künstlich geschaffener Bedürfnisse drängt und zwischenmenschliche Beziehungen kaum noch zulässt. Die Disco- und Shoppingkultur ist kein Ersatz für fehlende Freiräume in den städtischen Agglomerationen. Schon lange wissen wir, dass eine unmenschliche Lebenswelt psychische Schäden und Aggressionen schafft. Und nun, wenn diesel-

ben Jungen mehr Menschlichkeit sowie die versprochenen Sicherheiten und Rechte auf der Strasse geltend machen, erfahren sie durch Knüppel und Tränengas, was die etablierte Welt unter Menschlichkeit versteht.

Für die SP Schweiz besteht kein Zweifel, dass Gewalt kein Mittel der Politik in der Schweiz sein darf. Die SP Schweiz verurteilt kategorisch Ausschreitungen von Seiten der Demonstranten, wie sie vor allem in Zürich vorgekommen sind. Derartige Ausbrüche zerstören das mühsam erkämpfte Demonstrationsrecht und schaden den echten Anliegen. Es kann nicht im Interesse der Jugendbewegung sein, durch Missbrauch demokratischer Grundrechte jene Voraussetzungen zu vernichten, die politische Minderheiten zur Darstellung ihrer Forderungen brauchen. Ebenso entschieden lehnen wir übertriebene und undifferenzierte polizeiliche Eingriffe ab. Aufgabe der politischen Behörden ist es, auch Unzufriedenen die Möglichkeit zu geben, nach ihren eigenen Vorstellungen zu leben. Unverhältnismässig eingesetzte staatliche Gewalt schafft genau das Gegenteil. Die einzige Möglichkeit ist das Gespräch. Wo immer die Behörden es gesucht haben, wie etwa in Bern, sind Gewaltaus-

brüche weitgehend ausgeblieben. Die SP Schweiz hat Verständnis dafür, dass die Unzufriedenen für ihre Forderungen auf die Strasse gehen. Wer mit erhobener Faust hysterisch auf die zerbrochenen Fensterscheiben zeigt und keinen Finger rührt, wenn Spekulanten den letzten preisgünstigen Wohnraum in den Städten weghamstern, um daraus unbezahlbare Luxusheime zu machen, darf nicht erstaunt sein, wenn sich Betroffene auf der Strasse versammeln.

Wer kritiklos eine Viertelmillion Franken zur Einweihungsfeier des Gotthardtunnels zum Fenster hinauswirft, jedoch zur Bereitstellung minimalster Begegnungsräume für Jugendliche angeblich kein Geld hat, sollte sich nicht empören, wenn Jugendliche auf der Strasse demonstrieren.

Ohne das Klima von Leistungsdruck und Schulstress, in dem viele Jugendliche heute stehen, ohne bewusste Vergiftung, Verhetzung, Disziplinierung an Schulen und Universitäten, wie sie beispielsweise der Zürcher Erziehungsdirektor seit Jahren betreibt, ist ein Gewitter wie die Jugendunruhen undenkbar.

Allzu auffällig werden jetzt auch von Landesring und Freisinn die Jugendunruhen zum Anlass genommen, um einen Krieg gegen die bestehende Medienordnung und Medienschaffende, zugunsten einer rein profitorientierten Medienlandschaft zu führen. Wer immer die Jugendbewegung als Vehikel benützt, um daraus politisches Kapital

zu schlagen, entlarvt nur sein Unvermögen, die Bewegung der Unzufriedenen zu verstehen.

Die SP Schweiz stellt sich voll und ganz hinter die Forderung nach Begegnungsstätten, die von den Benützern selbst verwaltet werden. Sie ist sich allerdings bewusst, dass ohne sorgfältig geplante und grosszügig eingesetzte, flankierende Hilfsdienste die Probleme vieler Jugendlicher, wie Rauschgiftsüchtige, Alkoholiker und Delinquenten, die sich in Jugendzentren ansammeln, nicht angegangen werden können.

Die Jugendbewegung ist Ausdruck einer tiefgreifenden Kulturkrise, von der mehr und mehr Menschen jeglichen Alters betroffen sind. Besonders auch die älteren Menschen, Rentner, Kranke, Süchtige, Einsame und Behinderte steigen mehr und mehr aus diesem Staat aus: Stimmabstinz, Ohnmacht, Drogen oder Gewalt sind die sichtbaren Folgen.

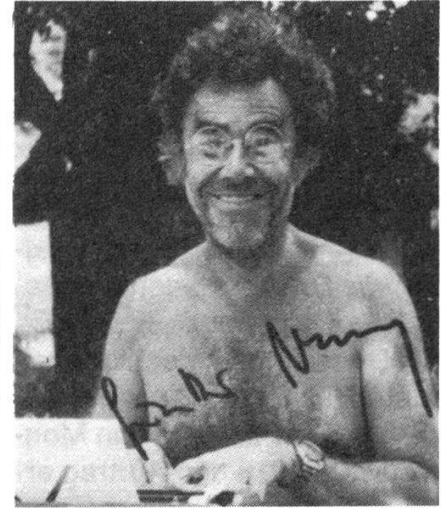
Die SP Schweiz ist sich des Ausmasses herrschender Unzufriedenheit in unserem Lande bewusst. Vordringlich ist eine Politik, die zusammen mit den Jugendlichen und allen anderen Unzufriedenen die wirklichen Ursachen des Unbehagens aufgreift:

- durch eine aktive Umweltpolitik, welche die weitere Zerstörung unserer Landschaft, unserer Flüsse, Seen und Städte und unserer Gesundheit verhindert und rückgängig macht;
- durch eine Demokratisierung der Wirtschaft und Humanisierung der Arbeits-

welt und Freizeitgestaltung, die allen die Möglichkeit gibt, über Gestaltung von Arbeit und Freizeit selbstständig mitzubestimmen;

- durch die Schaffung von Freiräumen für Jugendliche und in Quartieren, wo Betroffene sich selbst verwalten und ihre Umgebung gestalten können;
- durch eine sofortige Verhinderung der Bodenspekulation in den Städten, welche die Ursache für das Verschwinden preisgünstigen Wohnraums ist, von dem weite Bevölkerungsteile betroffen sind. Eine Wohnbaupolitik muss auch den besonderen Bedürfnissen der Jugendlichen, beispielsweise für die Schaffung von Wohngemeinschaften, Rechnung tragen;
- die Probleme in der Folge zunehmender Verstädterung verlangen gebieterisch, dass sich auch der Bund durch eine «Agglomerationspolitik» aktiv bemüht, irreversible negative Entwicklungen zu verhindern;
- die Jugendkommission des Bundes wäre sicher ein Instrument, dringende politische Fragen längerfristig zu bearbeiten. Der Bundesrat wird nicht umhin kommen, betroffene Jugendliche mit einzubeziehen.

Die Situation in den umliegenden Ländern zeigt deutlich, dass jede Zukunftsinvestition von Nutzen ist. Was wir uns heute ersparen, müssen wir morgen umso teurer bezahlen.



Günther Menning über Sozialismus

**Misst man Sozialismus
statt an bisheriger
Geschichte an ihm
selber – dann erst wird's
traurig.**

**Fast aller Sozialismus
ist die Fortsetzung des
Kapitalismus mit
anderen Mitteln.**

**Sozialismus, dessen
Ziel nicht der
Sozialismus ist, sondern
das Ein- und Überholen
des Bürgertums, ist
ewig auf dem falschen
Dampfer.**

**Der Sozialismus ist eine
tragische Figur der
Weltgeschichte.**